



# Deutscher Bundestag

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

Unterausschuss "Bürgerschaftliches Engagement"

## Kurzprotokoll der 30. Sitzung

### **Unterausschuss "Bürgerschaftliches Engagement"**

Berlin, den 15. Februar 2017, 17:00 Uhr

Paul-Löbe-Haus

Sitzungssaal: E. 400

Vorsitz: Willi Brase, MdB

## Tagesordnung

### **Tagesordnungspunkt 1**

**Seite 7**

Gespräch mit dem Vorsitzenden der Siebten  
Altenberichtscommission, Herrn Professor  
Dr. Andreas Kruse, über die engagementrelevanten  
Ergebnisse und Handlungsempfehlungen des  
Siebten Altenberichts

### **Tagesordnungspunkt 2**

**Seite 20**

Verschiedenes



Off.

18. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

**Sitzung des UA Bürgerschaftliches Engagement (13. Ausschuss)**  
Mittwoch, 15. Februar 2017, 17:00 Uhr

**CDU/CSU**

**Ordentliche Mitglieder**

Pahlmann, Ingrid

Patzelt, Martin

Schwarzer, Christina

Steiniger, Johannes

Stier, Dieter

Wellenreuther, Ingo

Zollner, Gudrun

Unterschrift

*[Handwritten signature]*

*[Handwritten signature]*

*[Handwritten signature]*

*[Handwritten signature]*

**Stellvertretende Mitglieder**

Irlstorfer, Erich

Koob, Markus

Schiewerling, Karl

Steffel Dr., Frank

Stefinger Dr., Wolfgang

Strenz, Karin

Wendt, Marian

Unterschrift

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_



utk

18. Wahlperiode

Sitzung des UA Bürgerschaftliches Engagement (13. Ausschuss)  
Mittwoch, 15. Februar 2017, 17:00 Uhr

### SPD

#### Ordentliche Mitglieder

Bahr, Ulrike

Brase, Willi

Schlegel Dr., Dorothee

Stadler, Svenja

Unterschrift

#### Stellvertretende Mitglieder

Engelmeier, Michaela

Junge, Frank

Nissen, Ulli

Rix, Sönke

KÖPPEL, RENÉ

Unterschrift

### DIE LINKE.

#### Ordentliche Mitglieder

Hein Dr., Rosemarie

Unterschrift



18. Wahlperiode

Sitzung des UA Bürgerschaftliches Engagement (13. Ausschuss)  
Mittwoch, 15. Februar 2017, 17:00 Uhr

---

**DIE LINKE.**

**Stellvertretende Mitglieder**

Werner, Katrin

**Unterschrift**

---

**BÜ90/GR**

**Ordentliche Mitglieder**

Schulz-Asche, Kordula

**Unterschrift**

**Stellvertretende Mitglieder**

Schauws, Ulle

**Unterschrift**

---



011.

Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

**Sitzung des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement  
(13. Ausschuss)**

Mittwoch, 15. Februar 2017, 17:00 Uhr

	Fraktionsvorsitz	Vertreter
CDU/CSU	_____	_____
SPD	_____	_____
DIE LINKE	_____	_____
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	_____	_____

**Fraktionsmitarbeiter**

Name (Bitte in Druckschrift)	Fraktion	Unterschrift
Claudia Bshu	Die Linke	C. Bshu
10 r d e s t r a s s e	DIE LINKE	v. H. S.
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____

Stand: 20. Februar 2015  
Referat ZT 4 – Zentrale Assistenzdienste, Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32659, Fax: +49 30 227-36339





## Tagesordnungspunkt 1

### **Gespräch mit dem Vorsitzenden der Siebten Altenberichtscommission, Herrn Professor Dr. Andreas Kruse, über die engagementrelevanten Ergebnisse und Handlungsempfehlungen des Siebten Altenberichts**

Der **Vorsitzende** begrüßt die Anwesenden zur öffentlichen 30. Sitzung des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“. Im Mittelpunkt der heutigen Sitzung stehe das Gespräch mit dem Vorsitzenden der Siebten Altenberichtscommission, Herrn Professor Dr. Andreas Kruse, über die engagementrelevanten Ergebnisse und Handlungsempfehlungen des Siebten Altenberichts. Ehe er Herrn Professor Kruse das Wort für seinen einführenden Beitrag erteile, wolle er noch darauf hinweisen, dass man im Vorfeld besprochen habe, die Sitzung spätestens gegen 18:40 Uhr zu beenden, damit Herr Professor Kruse seinen Rückflug erreichen könne.

Herr **Prof. Dr. Andreas Kruse** (Vorsitzender der Siebten Altenberichtscommission) bedankt sich zunächst herzlich für die Einladung in den Unterausschuss. Der Siebte Altenbericht habe sich die Aufgabe gestellt, den Blick auf die Kommune zu richten und der Frage nachzugehen, wie durch kommunale Strukturen und deren Weiterentwicklung dazu beigetragen werden könne, dass tragfähige Sorgestrukturen entstünden, die älteren Menschen auf der einen Seite das Gefühl der Sicherheit, des Geschützt- und Getragenseins vermitteln und die auf der anderen Seite ergänzend dazu älteren Menschen die Möglichkeit eröffnen sollten, sich selbst zu engagieren, etwas für das Gemeinwohl zu tun und den öffentlichen Raum mitzugestalten. Der Siebte Altenbericht sei in der Sequenz der Altenberichte der Erste, der die Kommune in das Zentrum der Auseinandersetzung gerückt habe, womit er sicherlich auch in der Öffentlichkeit eine noch stärkere Beachtung finden werde. Dies zeichne sich aufgrund der Vielzahl der Anfragen, die ihn dazu erreichten, bereits jetzt ab. Der Siebte Altenbericht gehe nicht nur der Frage nach, wie die Stellung älterer Menschen in der Kommune sei und inwieweit Ältere zu einem guten kommunalen Zusammenleben beitragen könnten, sondern die Kommune selbst werde in den Blick gerückt und damit auch die Frage, inwiefern Kommunen heute in der Lage

seien, zentrale Aspekte der Daseinsvorsorge vorzuhalten bzw. sicherzustellen. Hierzu äußere sich die Kommission sehr umfassend.

Er wolle in seinem heutigen Beitrag einen Punkt aus dem Altenbericht besonders betrachten, nämlich das Engagement älterer Menschen bzw. auch die Frage, inwiefern ältere Menschen soziale Unterstützung in der Kommune fänden. Dazu wolle er zunächst eine kurze Betrachtung zum Begriff der Sorge anstellen, weil dieser ein zentraler thematischer Aspekt im Siebten Altenbericht gewesen und schon im Titel enthalten sei. Darüber hinaus würde er gerne etwas zum Verständnis von Subsidiarität vortragen, denn die Altenberichtscommission habe auch den Versuch unternommen, sich diesem klassischen sozialpolitischen bzw. sozialetischen Begriff noch einmal auf eine ganz neue Art und Weise zu nähern. Ferner würde er gerne ein oder zwei Befunde zum Engagement älterer Menschen darstellen, die zeigten, welche Bedeutung der Sorgeaspekt auch aus der Perspektive älterer Frauen und Männer habe. Schließlich werde er auf einige Empfehlungen/Überlegungen der Altenberichtscommission für die künftige Gestaltung des Engagements eingehen.

Der Sorge-Begriff habe die Kommission sehr beschäftigt. Er sei in der deutschen Sprache vielfach immer noch negativ konnotiert, weil man mit der Aussage, dass man sich um etwas Sorge, in aller Regel verbinde, dass hier etwas Belastendes angesprochen sei bzw. wenn man den Fürsorge-Begriff verwende, bestehe oftmals die Befürchtung, dass die Autonomie der betreffenden Personen nicht ausreichend in den Blick genommen werde. Man habe sich in der Kommission lange drüber unterhalten, wie man mit dem Sorge-Begriff aber auch mit dem Begriff der Mitverantwortung umgehen solle. Dabei habe man sich die Sisyphos-Aussage von Albert Camus noch einmal genauer angeschaut, wonach das menschliche Dasein im Grunde genommen ein absurdes sei, weil man Tag für Tag immer und immer wieder dasselbe tue. Es bestehe also im Prinzip eine Ein- und Gleichförmigkeit, die einen am Sinn der Existenz und des Daseins zweifeln lasse. Aber dann komme auf einmal etwas, was in der Sisyphos-Rezeption viel zu wenig beachtet werde und was man einen Hiatus, einen Sprung, nennen könne, nämlich



eine ganz neue Betrachtung dessen, was man Tag für Tag tue. Sie laute: „Ich Sorge mich um mich selbst. Ich Sorge für andere.“ Die Bewusstwerdung der Tatsache, dass man sich um sich selbst Sorge und dass man sich für andere Sorge, gebe der Perspektive auf das eigene Leben bzw. auf die eigene Existenz einen ganz anderen Sinn und eine ganz andere Richtung. Diese werde von Albert Camus wie folgt ausgedrückt: „Die Sorge ist aller Dinge Anfang.“ Damit entstehe eine ganz andere Konnotation von Sorge, nämlich dass einem das Leben nicht einfach nur gegeben sei, sondern dass es jedem aufgegeben sei, für das eigene bzw. für das Leben anderer Menschen, aber auch für das Gemeinwohl insgesamt eine gewisse Mitverantwortung zu tragen. Er wolle an dieser Stelle einen kurzen Einschub machen und einen Blick in das 1927 erschienene philosophische Werk „Sein und Zeit“ von Martin Heidegger werfen. Auch dort sei der Begriff der Sorge ein ganz zentraler und zwar in der Weise, dass man, wenn man sich um andere Menschen Sorge, wenn man für andere Menschen Sorge und zwar im Sinne der vorausspringenden Sorge, einen ganz zentralen Beitrag zum mitverantwortlichen Leben leiste.

Er erwähne dies deshalb hier, weil man in einer Studie den Versuch unternommen habe, zentrale Lebensthemen alter und sehr alter Menschen zu erfassen. Diese Studie habe gezeigt, dass die Möglichkeit bzw. nicht gegebene Möglichkeit, sich um andere Menschen zu sorgen bzw. für andere Menschen zu sorgen, ein zentrales Lebensthema des hohen Alters darstelle. Das sei deswegen bedeutsam, weil die Kommission nicht sagen würde, alte Menschen sollten sich engagieren, weil sonst möglicherweise der kommunale Alltag nicht mehr gewährleistet werden könne. Vielmehr sage die Kommission, die Möglichkeit sich zu engagieren, etwas für andere Menschen, etwas für das Gemeinwohl zu tun, sei ein zentrales Thema des hohen Lebensalters. Wenn entsprechende Gelegenheits- oder Opportunitätsstrukturen für dieses Engagement, für diese Sorge um und für andere Menschen nicht bereitgestellt würden, könne etwas eintreten, was ältere Menschen mit dem Satz „Du fällst aus der Welt.“ umschrieben hätten.

Das heiße also, mit dem der Altenberichtskom-

mission aufgegebenen Thema, nämlich die Mitverantwortung und neue innovative Sorgestrukturen auch in der Weise zu betrachten, wie denn nun ältere Menschen einen aktiven Beitrag leisten und nicht nur Hilfe empfangen könnten, komme man einem ganz zentralen Anliegen des Alters näher. Dies eröffne zudem die Möglichkeit, die Auseinandersetzung, die die Kommission im Sechsten Altenbericht zu den Altersbildern geführt habe, im Siebten Altenbericht noch einmal mit der Perspektive auf Kommune, auf Subsidiarität usw. weiterzuführen. Der Sorge-Begriff sei also bei der Kommission positiv konnotiert und sie sage, möglicherweise gebe es auch so etwas wie ein Motiv alter Menschen, sich zu sorgen, für andere Menschen zu sorgen, das heiße auch, sich ehrenamtlich zu engagieren.

Darüber hinaus habe man sich intensiv mit der Subsidiarität, einem Lieblingsbegriff vieler Altenberichtskommissionen, befasst. Denn im Subsidiaritätsbegriff auch klassischer Provenienz, Stichwort Oswald von Nell-Breuning, schwingen auch die Verantwortungsethik mit, weil dieser Begriff immer wieder mit der Frage konfrontiere, was der und die Einzelne könne bzw. was die natürlichen Netzwerke könnten. Wenn man das Thema „Alter“ einmal aus einer Perspektive der Kompetenz, der Entwicklungsmöglichkeiten, der Potenziale, der Ressourcen betrachte, führe einen dies in die Nähe des Subsidiaritätsbegriffes, weil man der Frage nachgehe, was eigentlich der Einzelne könne und was dieser könne, solle eben nicht von anderen übernommen und verantwortet werden. Damit nähere man sich einer Frage, die im Siebten Altenbericht fast so etwas wie einen „cantus firmus“ bilde, wie der Musiker sagen würde, also ein Thema, das immer wieder durchscheine, nämlich die soziale Ungleichheit. Wenn man über den Subsidiaritätsbegriff auch aus der Perspektive von Oswald von Nell-Breuning nachdenke, werde man mit der Frage der sozialen Ungleichheit bzw. der ungleichen Verteilung von Ressourcen über Individualhaushalte, aber auch über Regionen, was die Kommission sehr interessiert habe, konfrontiert. Der Subsidiaritätsbegriff besage, dass, was der Einzelne, was die natürlichen Netzwerke selbst erbringen/leisten könnten, das solle keinem über-/höhergeordneten System übertragen werden. Daraus ergebe sich die Frage, wie es denn mit den körperlichen und materiellen Ressourcen,





den Bildungs- und Netzwerkressourcen etc. aussehe. Verfügten die Menschen über solche Ressourcen, dass man sagen könne, dass sie ein weitgehend selbstverantwortliches und autonomes Leben frei von einem Übermaß an Hilfen führen könnten oder nicht? Denn wenn sie es nicht könnten, stelle sich die Frage, inwiefern man die Sicherung des Daseins des Einzelnen bzw. seiner natürlichen Netzwerke der Kommune bzw. dem Land oder dem Staat übertragen könne. Die Kommission habe die Frage sehr interessiert, wie die Relation zwischen dem Einzelnen bzw. den natürlichen Netzwerken und der Kommune sei. Was könnten eigentlich die Kommunen tun, wenn der Einzelne die Möglichkeiten einer selbstverantwortlichen autonomen Lebensführung in diesem Maße gar nicht habe? Damit sei in der Altenberichtscommission sofort die Frage der kommunalen Ressourcen ins Spiel gekommen. Inwiefern seien die Kommunen überhaupt in der Lage, zentrale Aspekte der Daseinsvorsorge vorzuhalten? Die große Auseinandersetzung zur Frage der Daseinsvorsorge und der Subsidiarität in Kommunen werde in einer Perspektive deutlich gemacht, die in politischen Expertenberichten so nur selten anzutreffen sei. Es werde nämlich gesagt, man dürfe nicht nur über die soziale Ungleichheit bei Individuen bzw. auf der individuellen oder personellen Ebene sprechen, sondern man müsse sich die soziale Ungleichheit auch im Hinblick auf die Ressourcen der Kommune anschauen. Die Altenberichtscommission habe daher zahlreiche Anhörungen durchgeführt, in denen sie die kommunalen Vertreterinnen und Vertreter dazu befragt habe.

Die Kommission habe auch versucht, einen neuen erweiterten Subsidiaritätsbegriff zu entwickeln. Denn die einfache Subsidiaritätsüberlegung, bestimmte Pflichten über-/höhergeordneten Systemen zu übertragen, sei zu schlicht. Die Kommission sei der Meinung, dass das Prinzip der geteilten Verantwortung ein ganz zentrales sein müsse. Die Vorstellung sei, dass innovative, zukunftsfähige, nachhaltige Strukturen zur Sicherung der Autonomie, der sozialen Integration und der Partizipation alter und sehr alter Menschen vor allem dadurch gefördert würden, dass Verantwortung geteilt werde und zwar zwischen den älteren Menschen selbst, ihren natürlichen, familiären,

nachbarschaftlichen Netzwerken, aber auch bürgerschaftlich engagierten Personen. Diese Netzwerke seien durch hauptamtlich Tätige, z. B. im Bereich der sozialen Arbeit oder im Bereich der Pflege, selbstverständlich zu unterstützen. Dazu zählten aus Sicht der Kommission etwa die Wohlfahrtsverbände, aber auch privat betriebene Institutionen bzw. Einrichtungen.

Dieses Prinzip der geteilten Verantwortung habe die Kommission auch bei der Betrachtung des ehrenamtlichen Engagements geleitet. Man habe sich in der Altenberichtscommission nicht damit beschäftigt, wie umfangreich das ehrenamtliche Engagement sei und wie man es fördern könne – hierfür gebe es die Engagementberichtscommission, die sich dazu klug geäußert habe –, sondern in ihrem Fokus habe gestanden, wie man das bürgerschaftliche Engagement in einen Kanon von Leistungen bzw. in ein System von Akteuren einbetten könne. Dies werde er später am Beispiel der Pflege bzw. der Sorge für Menschen, bei denen chronische Erkrankungen bzw. Hilfe- oder Pflegebedürftigkeit auch in palliativen Kontexten bestünden, noch illustrieren.

Vorher wolle er noch einmal auf den Sorgeaspekt zu sprechen kommen. Das Institut für Gerontologie habe die Möglichkeit gehabt, mehrere Studien in palliativen Kontexten und in Kontexten schwererer chronischer Erkrankungen, aber auch ganz allgemein im hohen Lebensalter – 80 Jahre und älter – durchzuführen, in denen es um die Frage gegangen sei, was eigentlich alte Menschen besonders beschäftige und berühre. Eine Studie, die er an dieser Stelle ausdrücklich nennen wolle, sei die von der Generali Stiftung geförderte Hochaltrigkeitsstudie, bei der man 400 alte Menschen ausführlich interviewt habe. Denn über das hohe Alter – 80, 85 Jahre aufwärts – wisse man bisher nur wenig. Wenn man über das hohe Lebensalter spreche, kämen relativ schnell Assoziationen auf wie Armut, Prekariat, schwere Erkrankungen, neurodegenerative Erkrankungen, hirnanorganische Veränderungen, Vereinsamung, Angst vor Sterben und Tod, Angst vor schweren, kaum zu ertragenden Schmerzzuständen etc. Diese Themen seien von den Befragten auch immer wieder genannt worden, aber das bedeutsamste Thema sei der Wunsch gewesen, sich als Teil einer Gemeinschaft



oder einer Gesellschaft, in der man Mitverantwortung trage, zu spüren und zu verstehen. Wenn ältere Menschen den Eindruck hätten, nicht mehr in der Lage zu sein, ein mitverantwortliches Leben zu führen bzw. auch nicht angesprochen zu werden als jemand, der ein solches mitverantwortliches Leben führen könne, werde dies als massive Einschränkung der Lebensqualität verstanden. Dieser Topos habe sich durch alle 400 Interviews hindurchgezogen.

Wenn man über das hohe Lebensalter rede, könne es also nicht nur darum gehen, wie man pflegefreundliche Strukturen und Versorgungssysteme schaffen könne – das alles sei sehr bedeutsam und solle überhaupt nicht relativiert werden –, aber es müsse immer auch und in zentraler Weise um die Frage gehen, wie man das fördern könne, was in den Sozialgesetzbüchern mit den Begriffen „Teilhabe“ und „Partizipation“ umschrieben werde und was die Möglichkeit des Menschen, den öffentlichen Raum aktiv mitzugestalten, einschließe. An dieser Stelle werde das Werk der bekannten Politikwissenschaftlerin Hannah Arendt „Vita activa oder Vom tätigen Leben“ aus dem Jahr 1960 bedeutsam. Darin habe sie betont, dass sich gerade im Austausch mit anderen Menschen und in der verwirklichten Sorge für andere und um andere eine ganz zentrale Seite des menschlichen Daseins zeige.

Für das Verständnis der Altenberichtscommission von Engagement bedeute dies folgendes: Die Studien deuteten darauf hin, dass die Engagementbereitschaft der 60- bis 65-Jährigen und Älteren vergleichsweise hoch sei. Einige Studien sagten, die Engagementquote in dieser Altersgruppe liege bei ungefähr 32 Prozent, die Generali Altersstudie 2017 komme sogar auf einen Wert von knapp über 40 Prozent. Dass die Zahlen variierten, habe u. a. damit zu tun, wie differenziert die Engagementbereiche in den Studien erfasst, beschrieben bzw. analysiert würden. In jedem Fall könne man festhalten, dass der Anteil der engagierten Älteren erheblich sei. Man könne aber auch beobachten, dass mit zunehmendem Lebensalter – vor allem jenseits des 80. Lebensjahres – der Anteil derjenigen, die engagiert seien, erkennbar zurückgehe, in einigen Studien bis auf 17 Prozent. Viele neigten

dazu zu sagen, dass sei doch klar, denn die Menschen hätten Einschränkungen, sie kämen nicht mehr so gut aus dem Haus, sie hätten möglicherweise auch nicht mehr den psychologischen Antrieb und nicht mehr die kognitiven Reserven und sozialkommunikativen Strategien, um sich zu engagieren.

An dieser Stelle würde er jedoch einen Befund aus der erwähnten Hochaltrigkeitsstudie nennen. Dort hätten viele hochbetagte Menschen über 80 Jahre darauf hingewiesen, dass nach ihrem Eindruck viele Vereine, Verbände und Institutionen das hohe Alter überhaupt nicht „auf dem Schirm“ hätten. Über 80-Jährige würden so angesprochen, als ob sie im Grund genommen gar nicht mehr die Kompetenz hätten, mitverantwortlich im öffentlichen Raum zu handeln. Das halte er für sehr bedeutsam, weil man hier mit der Frage von Altersbildern konfrontiert sei, die beispielsweise schon Simone de Beauvoir in ihrem wichtigen Werk „Das Alter“ aus dem Jahre 1972 thematisiert habe. Dort habe sie dargelegt, dass es Diskriminierungen des Alters gebe, die gar nicht so öffentlich vorgebracht würden, sondern dass älteren Menschen einfach vermittelt werde, dass man auf ihren aktiven Beitrag zur Mitgestaltung des öffentlichen Raums gar nicht angewiesen sei. Es sei das, was der israelische Philosoph Avischai Margalit als Demütigung beschreibe. Das bedeute, wenn sich der Unterausschuss Gedanken zum Thema „Engagement“ mache, müsse er sich auch mit der Frage befassen, wie sich die Gesellschaft zum Alter und in diesem Fall auch zum hohen Alter stelle und wie die Gesellschaft eigentlich das Motiv alter Menschen begreife, trotz körperlicher Einschränkungen, trotz funktioneller Einbußen als Teil des öffentlichen Raums wahrgenommen zu werden und diesen mitgestalten zu wollen. Zudem sei die Frage, inwiefern Politik und Gesellschaft Gelegenheitsstrukturen schüfen, damit ältere Menschen mitmachen könnten. Es gehe also um mehr als um ein barrierefreies Wohnumfeld oder einen barrierefreien Verkehr, sondern es gehe um die Mitgestaltung des öffentlichen Raums insgesamt.

Er wolle noch kurz einige Beispiele geben, wie sich die Kommission mit dem Thema „Engagement“ auseinandergesetzt habe und wie sie ver-



sucht habe, dies praxisorientiert zu tun. Man könne – wie bereits betont – alte Menschen nicht dazu zwingen, sich zu engagieren und zu beteiligen, stattdessen gelte es, bei ihrer Motivlage und damit beim zentralen Partizipationsaspekt, öffentliche Räume mitgestalten zu wollen, anzusetzen. Nach Ansicht der Kommission müsse die Frage der Gestaltung von Alter bzw. einer alters- oder generationenfreundlichen Sozialraumgestaltung als eine zentrale Aufgabe der Kommune beschrieben und bewertet werden. Ob sich eine Kommune mit Fragen des Alters, der Partizipation, der Schaffung von Gelegenheitsstrukturen zum Engagement älterer Menschen beschäftige oder nicht, sei sicherlich auch von den Ressourcen abhängig, die eine Kommune habe oder nicht habe. Kommunalvertreter hätten in den Gesprächen mit der Kommission darauf hingewiesen, dass die Kommunen schon heute kaum mehr in der Lage seien, die Daseinsvorsorge aufrechtzuerhalten und sie sich daher außerstande sähen, sich auch noch um eine altersfreundliche Kommunalpolitik zu kümmern. Die Ressourcen seien aber nur die eine Seite. Die andere Seite sei, inwiefern Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung überhaupt bereit seien, zu sagen, die kommunale Mitgestaltung einer altersfreundlichen Umwelt sei für sie eine sehr wichtige Aufgabe. Das würde nämlich auch bedeuten, eine Perspektive zu entwickeln, wie man die verschiedenen Generationen miteinander ins Gespräch bringen könne. Kommunen sollten viel mehr Mühe darauf verwenden, in der Interaktion mit Vereinen, Verbänden, Organisationen, Kirchen, um nur einige Akteure zu nennen, Plattformen zu schaffen, in denen bürgerschaftliches Engagement gelebt werden könne. Wem der Begriff „Plattform“ zu technizistisch sei, könne auch von Bürgerzentren sprechen, in denen sich die einzelnen Generationen in ihren Bedürfnissen und Interessen angesprochen fühlten und in denen Kontakte zwischen den Generationen hergestellt würden und zwar zwischen denjenigen, die ein bestimmtes Engagement benötigten und denjenigen, die dieses Engagement erbringen wollten.

Das erscheine aus Sicht der Kommission, z. B. im Kontext der Pflege, essentiell zu sein. Auch wenn man die Altenberichte nicht als Pflegeberichte verstehe, weil dies eine extreme Vereinseitigung wäre, diene der Pflegebereich der Kommission

dennoch als pars pro toto, wie man sich Engagement vorstelle. Wenn man über den Pflegebereich spreche, sei zunächst einmal festzustellen, dass dessen Ausgestaltung heute in hohem Maße durch die Pflegeversicherung bestimmt sei. Die Art und Weise, wie Pflege konzipiert sei, nämlich überwiegend über Geldleistungen, leiste aber einem gewissen Atomismus nach dem Motto Vorschub, wenn der Nachbarhaushalt eine Geldleistung erhalte, wolle man auch eine. Natürlich könne man sagen, wenn die Leute arm seien oder im Prekariat lebten, habe er als Hochschullehrer gut reden. Nach seiner Ansicht seien Armut und Einkommensunsicherheit jedoch nicht Fragen, die über die Pflegeversicherung zu lösen oder abzufedern seien, sondern über Steuerfinanzierung.

Die Vorstellung der Kommission, die man auch mit der Bund-Länder-Kommission zur Neugestaltung von Pflegearrangements diskutiert habe, sei eine andere. Die Kommission wolle sehr viel mehr Verantwortung in die Hände der Kommunen legen, die nicht nur die Strukturen sicherstellen, sondern auch Pflege organisieren sollten. Für die Erfüllung dieser wichtigen Government-Funktion benötigten die Kommunen natürlich auch Leistungen der Pflegeversicherung, die zum Teil auf die Kommunen übertragen werden müssten, damit sie Pflege organisieren und gemeinsam mit Verbänden und Institutionen eine Plattform für bürgerschaftliches Engagement schaffen könnten, wo zur Mitwirkung bereite Menschen in der Kommune und Menschen, bei denen Hilfe- oder Pflegebedarf bestehe, Unterstützung bekämen. Diese Unterstützung werde heute vielfach noch von der Familie geleistet, diese werde aber künftig abnehmen, was sich ab dem Jahr 2030 stärker bemerkbar machen werde. Wenn die familiären Ressourcen im Bereich der Pflege zurückgingen, werde man die Aufgaben aber nicht alle der Pflegeversicherung übertragen können. Denn ansonsten würden die Individualhaushalte mit Versicherungsbeiträgen überfordert und ihre Konsumtionsfähigkeit infrage gestellt. Daher müsse man sich aus Sicht der Kommission, um eine gesellschaftliche Lösung bemühen, die u. a. darin bestehe, dass sich Menschen auch bürgerschaftlich engagierten und sagten, dass die Sicherung eines Lebens in Autonomie und Teilhabe nicht nur eine Frage der Pflegeversicherung und der Familie, sondern der Bürgerschaft insgesamt sei. Er und



seine Frau seien z. B. auch Mitglieder von „caring communities“, von sorgenden Gemeinschaften, weil sie anderen Menschen, die auf Sorge angewiesen seien, signalisieren wollten, dass die Bürgerschaft sie nicht vergessen habe und dass man in Zusammenarbeit mit anderen Akteuren den Versuch unternehmen wolle, die Lebenssituation von hilfe- bzw. pflegebedürftigen Menschen zu verbessern. Aufgabe der Kommunen sei es, bürgerschaftliches Engagement vor Ort zu fördern und Menschen dafür zu motivieren, den öffentlichen Raum mitzugestalten und ihr Erfahrungs- und Expertenwissen einzubringen, statt sich einfach zurückzulehnen. Dafür müssten Gelegenheitsstrukturen geschaffen werden.

Abschließend wolle er darauf hinweisen, dass im öffentlichen Raum aktuell sehr viel über die Zukunft der Demokratie gesprochen werde. Alexis de Tocqueville habe in seinem in den 1830er Jahre erschienenen bedeutsamen demokratietheoretischen Werk „Über die Demokratie in Amerika“ darauf hingewiesen, dass die Politik Sorge dafür zu tragen habe, dass die Administration nicht zu stark werde und dem einzelnen Menschen so jede Initiative nehme. Die Politik habe aber auch Sorge dafür zu tragen, dass der Mensch sich nicht in das Private zurückziehe, sondern dass er in Freiheit Verantwortung für das Gemeinwohl empfinde. Wenn man sich anschauet, wie heute einzelne Personengruppen, wie eine bestimmte Partei, wie eine bestimmte Initiative über demokratische Institutionen sprächen und diese teilweise sogar verhöhnnten und wenn man sich Gedanken darüber mache, dass Menschen sich möglicherweise aus der Demokratie etwas zurückzögen, da diese als selbstverständlich betrachtet werde, könne die Antwort darauf nur lauten, das Engagement des Einzelnen für den öffentlichen Raum zu fördern und damit einen Beitrag dazu leisten, dass Demokratie lebendig bleibe und eine gute Zukunft habe. Insofern sei das Engagement im öffentlichen Raum aus Sicht der Kommission auch ein zutiefst demokratietheoretisches und demokratiepraktisches Thema.

Der **Vorsitzende** dankt Herrn Professor Kruse herzlich für seinen einführenden Beitrag. Ehe er die Fragerunde eröffne, wolle er darauf hinweisen, dass auch die Kollegen Bernhard Daldrup

und René Röspel von der SPD-Fraktion an der heutigen Sitzung teilnahmen. Sie seien – wie es in diesem Ausschuss Usus sei – herzlich eingeladen, sich an der Diskussion zu beteiligen. Die Fragerunde eröffne die Kollegin Dr. Dorothee Schlegel.

Abg. **Dr. Dorothee Schlegel** (SPD) bedankt sich bei Herrn Professor Kruse für seine Ausführungen, zu denen sie einige Nachfragen habe. Herr Professor Kruse habe vorhin die Themen aufgezählt, die hochaltrige Menschen beschäftigten. Sie interessiere, inwieweit auch verdrängte Erinnerungen und Themen in dieser Altersgruppe eine Rolle spielten. Herr Professor Kruse habe auch darauf hingewiesen, dass das Engagement nach dem 80. Lebensjahr zurückgehe. Sie würde gerne wissen, welche Gründe es dafür gebe. Sie selbst sei im Bereich des Sportes und der Kirche freiwillig aktiv. Sie erlebe dort nicht so sehr, dass die Älteren ausstiegen, sondern vielmehr dass der Dialog zwischen den sogenannten Jüngeren und den sogenannten Älteren nicht gut funktioniere. Bei Letzteren werde manchmal gesagt, sie könnten ja mal ihr Amt langsam abgeben und Ehrenvorsitzender werden, aber solche gleitenden Übergänge seien oftmals schwierig, zumal es mitunter an der notwendigen Sensibilität mangle. Ein weiteres Problem, das sie auch in ihrem Landkreis erlebe, sei, dass der Gemeinderat zu 90 oder 95 Prozent aus Männern bestehe und somit die weibliche Perspektive in der Kommune unterrepräsentiert sei und dass umgekehrt der Bereich der Pflege von Frauen dominiert sei. Sie interessiere, wie Herr Professor Kruse diesen Umstand bewerte.

Abg. **Kordula Schulz-Asche** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) dankt Herrn Professor Kruse zunächst für seinen sehr interessanten Vortrag. Sie würde gerne wissen, wie die Kommission den Begriff „Kommune“ definiert habe. Denn theoretisch könne es sich ja um einen Landkreis, eine Gemeinde oder einen Stadtteil handeln. Sie habe eine weitere Frage zu den Infrastrukturen zur Unterstützung des sozialräumlichen Engagements in den Kommunen. Es gebe dafür ja bereits Beispiele wie das Programm „Soziale Stadt“, wo die Sozialraumorientierung in Stadtvierteln mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Menschen im Fokus stehe. Es gebe aber Überlegungen das Quartiers-



management auch auf andere Gebiete auszudehnen. Sei das eine Richtung in die Altenberichts-kommission auch denke? Eine weitere Herausforderung sei die Öffnung der kommunalen Verwaltung für Engagement. Man habe in den letzten Jahren des Öfteren erlebt, dass zwischen Engagierten auf der einen und Verwaltung auf der anderen Seite sehr viele Kommunikationsprobleme bestünden. Sie interessieren, wie Herr Professor Kruse dies bewerte.

Abg. **Dr. Rosemarie Hein** (DIE LINKE.) bedankt sich bei Herrn Professor Kruse ebenfalls erst einmal für seinen Vortrag. Sie habe sehr begrüßt, dass er das Problem der potenziellen und tatsächlichen Altersdiskriminierung und auch die Strukturen, die dazu führten, angesprochen habe. Dies sollte man sich aus ihrer Sicht noch einmal genauer anschauen. Sie habe beim Vortrag von Herrn Professor Kruse den Eindruck gehabt, dass man in diesem Zusammenhang über unterschiedliche Begriffe von Engagement rede: zum einen das Engagement für Ältere, zum anderen das Engagement von Älteren für andere Ältere und schließlich das Engagement von Älteren überhaupt in der Gesellschaft. Zu letzterem habe sie eine Frage. Sie kenne eine über 80-jährige Dame, die regelmäßig in die Schule gehe und dort mit Kindern einer vierten Klasse lese. Wenn sie darüber spreche, leuchteten ihre Augen. Sie sei völlig begeistert und man könne fast den Eindruck haben, sie altere nicht mehr. Das Engagement scheine hier eine beidseitige Wirkung sowohl für die ältere Dame als auch für die Gesellschaft zu entfalten. Herr Professor Kruse habe auf die hierfür notwendigen Gelegenheitsstrukturen hingewiesen. Sie interessieren, ob es für das Engagement Älterer andere Bedingungen gebe, die man berücksichtigen müsse, als beim Engagement Jüngerer.

Am Ende seines Vortrages habe Herr Professor Kruse darauf hingewiesen, dass bestimmte Bedarfe im Pflegebereich künftig stärker über Engagement abzudecken seien. Sie interessieren, wo er die Grenze ziehen würde, was Engagement leisten könne und wo professionelle Unterstützung und Hilfe notwendig seien. In vielen Kommunen gebe es Seniorenbeiräte und ähnliche Gremien. Ihre Frage sei, welche Rechte diese haben sollten.

Herr **Prof. Dr. Andreas Kruse** (Vorsitzender der Siebten Altenberichts-kommission) erklärt mit Blick auf die Frage der Abgeordneten Dr. Schlegel bezüglich der Erinnerung, dass das Institut für Gerontologie der Universität Heidelberg unter seiner Leitung eine umfangreiche Studie in verschiedenen Ländern zu den Spätfolgen des Holocaust mit ehemaligen Konzentrations- und Vernichtungslagerhäftlingen durchgeführt habe. Dort sei man der Frage nachgegangen, ob die Erinnerungen an diese schwersten Belastungen im Alter zunähmen oder nicht. Es gebe die These, dass vor allem im hohen Lebensalter mit zunehmender Nähe zum Tod diese Erinnerungen an erfahrene schwerste Belastungen und Traumata immer stärker würden. Diese Hypothese habe man in der Studie vollumfänglich bestätigen können. Es sei in der Tat so, dass, wenn Menschen in ihrer Biografie mit schweren Belastungen konfrontiert gewesen seien – z. B. politischer Terror, aber auch eine Vergewaltigung inner- oder außerhalb der Familie –, dies im hohen Lebensalter mehr und mehr zu einem Thema werde und dass sich die Menschen solcher Erinnerungen auch gar nicht erwehren könnten. Dies unterstreiche zum einen, welcher großen klinisch-psychologischen und -psychiatrischen Versorgungsbedarf es hier gebe und zum anderen welche große Bedeutung Erinnerungskultur in der Gesellschaft habe.

Im Kontext der aufsteigenden Bilder und Erinnerungen bei Demenzkranken, die man am Institut für Gerontologie auch untersucht habe, habe er den Begriff der „Insel des Selbst“ eingeführt, um deutlich zu machen, dass bestimmte in der Biografie sehr bedeutsam gewesene Aspekte vor allem bei Demenzkranken inselartig hochgradig relevant würden. Die in diesem Zusammenhang zu stellende Frage sei, wie Menschen mit diesen Traumata umgingen. Hier seien beispielsweise die Werke des Wiener Arztes und Psychologen Viktor Frankl, der selber in Konzentrations- und Vernichtungslagern interniert gewesen sei, sehr hilfreich. Dieser habe betont, dass es nicht ausreiche, immer nur die eigene Story zu erzählen, sondern ebenso bedeutsam sei, das Erlebte auch in den Dienst anderer Menschen zu stellen. Hier komme wieder der Sorgeaspekt ins Spiel. In allen Ländern, die man in der Studie untersucht habe, hätten die ehemaligen Lagerhäftlinge gesagt, dass sie in Schulen gingen, um mit den nachfolgenden



Generationen darüber zu reden, was es bedeuten könne, wenn aus einer fragilen Demokratie plötzlich eine Diktatur hervorgehe und auf einmal ganze Bevölkerungsgruppen diskriminiert würden und ihre Existenzberechtigung infrage gestellt werde und was man als Einzelner aus Selbstverantwortung tun könne, um einen Beitrag zum Erhalt der Demokratie zu leisten. Das habe man „mitverantwortlichen Lebensstil“ genannt und dieser mitverantwortliche Lebensstil habe seine Perspektive auf das Engagement alter Menschen in besonderer Weise geschärft, weil es ihm deutlich gemacht habe, welch großes historisches, kulturelles, politisches Wissen alte Menschen hätten. Es sei eben nicht nur eine Story, die sie erzählten, sondern sie verfügten über Wissen, das man in den Dienst nachfolgender Generationen stellen könne.

Damit komme er auf den Begriff der Gelegenheitsstruktur zu sprechen. Wenn man im Geschichts-, Ethik- und Religionsunterricht, um nur einige Beispiele zu nennen, Strukturen schaffen würde und Lehrerinnen und Lehrer bereit wären, einen Inter- generationen-Dialog nicht nur zuzulassen, sondern auch didaktisch zu befördern, dann hätte man einerseits einen zentralen Beitrag zum mitverantwortlichen Leben älterer Menschen im Sinne des von Hannah Arendt bemühten Mitgestaltens des öffentlichen Raumes geleistet; andererseits hätte man eine ganz wunderbare Möglichkeit, dass die Generationen viel mehr miteinander ins Gespräch kämen und dass auch so etwas wie eine Mehrgenerationenperspektive und -initiative mit Blick z. B. auf die Demokratie und auf eine menschenwürdige und menschenrechtssensible Gestaltung des öffentlichen Raums entstehe.

Es sei auch gefragt worden, welche Mechanismen dazu beitragen, dass bürgerschaftliches Engagement von Älteren nicht mehr gelebt werde, ob es dabei Stadt-Land-Unterschiede gebe und wie man diese Mechanismen, wenn man sie verstanden habe, vielleicht auch wieder reduzieren könne. Spreche man auf dem Land mit alten Menschen, gebe es oft zwei unterschiedliche Narrative: Das eine Narrative laute, die junge Bevölkerung wandere ab und die Älteren blieben zurück, was zur Folge habe, dass die Mehrgenerationenperspektive auf dem Dorf nicht mehr so gelebt werden könne.

Das andere Narrative laute, alle Generationen seien noch gut vertreten und man habe daher den Eindruck, gut integriert zu sein. Beide Entwicklungen seien in ländlichen Regionen anzutreffen.

Die Abgeordnete Dr. Schlegel habe gefragt, wie man mit dem 80- oder 85-Jährigen im Verein umgehen solle, der weiterhin Präsident bleiben wolle und wie man ihm beibringen könne, nach 20 Jahren im Amt für eine andere Person Platz zu machen. Aus seiner Sicht müsse man offen über das Thema „Altern und Alter“ sprechen. Es gebe auch Repräsentationen des Alters, die extrem positiv überzeichnet seien, etwa der 85-Jährige, der so viel Weisheit angehäuft habe, dass er durch den 45-Jährigen nicht zu ersetzen sei. Sinnvoll sei es, differenziert mit Menschen darüber zu sprechen, dass der Alternsprozess ein permanenter Gestaltwandel sei und sich dabei möglicherweise auch Veränderungen einstellten, die dazu beitragen, dass man bestimmte Ämter vielleicht besser in jüngere Hände legen sollte, dass aber Verantwortung in anderer Form trotzdem weiter aufrechterhalten werden könne. Das wäre aus seiner Sicht eine mögliche Strategie.

Die Abgeordnete Dr. Schlegel habe auch auf die nicht zu leugnende Prädominanz von Männern in den Kommunalparlamenten hingewiesen. Er gebe ihr Recht, dass es ein Problem sei, wenn bei Pflege-, Sozialraum- und Engagementthemen die Perspektive von Frauen nicht ausreichend repräsentiert sei. Entscheidend sei zudem, Themen wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf viel mehr in die Kommune hineinzuverlagern. Aus Sicht der Altenberichtscommission müssten hier auch Unternehmen und andere Akteure mit einbezogen und für solche Fragen sensibilisiert werden.

Die Abgeordnete Schulz-Asche habe auf das Programm „Soziale Stadt“ hingewiesen. Das Programm sei für die Altenberichtscommission sehr bedeutsam gewesen. Es habe – wie die Abgeordnete zu Recht betont habe – vor allem den Aspekt der sozialen Ungleichheit und die Frage im Fokus, wie ein Wohnquartier zu gestalten sei, dass soziale Ungleichheit nicht noch perpetuiert, sondern reduziert werde. So wichtig das Programm „Soziale Stadt“ aus Sicht der Kommission auch sei, so



sehr sei man selber bestrebt gewesen, ein Stück darüber hinaus zu gehen. Es gehe der Kommission letzten Endes darum, wie Bürgerzentren etabliert werden könnten, bei denen es einen sehr viel stärkeren Austausch zwischen den Generationen gebe und wo die Engagementbereitschaft vieler alter Menschen aus ganz unterschiedlichen sozialen Schichten gefördert werde, sodass diese die Möglichkeit hätten, ihr Engagement ihren Ressourcen entsprechend zu verwirklichen. Damit solle der Aspekt der sozialen Ungleichheit, dem man ein ganzes Kapitel im Altenbericht gewidmet habe, keinesfalls in seiner Bedeutung diminuiert werden, aber man habe das Thema in eine umfassendere Perspektive einzubetten versucht.

Kommune sei – auch danach habe die Abgeordnete Schulz-Asche gefragt – für die Kommission eine Gebietskörperschaft, die – wie bereits angedeutet – ein Quartier, eine Gemeinde, ein Landkreis sein könne. Das changiere im Bericht. Mitunter argumentiere man aus der Perspektive des Quartiers, mitunter aus der der Gemeinde, wenn es z. B. um die Interkommunalität gehe, und manchmal habe man den Landkreis als zentrale Größe im Auge, wenn es um Dienst- und Versorgungsleistungen gehe.

Die Abgeordnete Dr. Hein habe den Begriff des Engagements für verschiedene Gruppen ausbuchstabiert. Aus Sicht der Kommission gebe es unterschiedliche Formen und auch Inhalte des Engagements, je nachdem welche Generation man betrachte. Aus seiner Sicht sollte man alte Menschen in gleicher Weise wie junge Menschen als Engagementinteressierte betrachten und dies auch ausdrücklich so adressieren. Es sei auch nach den Gelegenheitsstrukturen für Engagement gefragt worden. Die Hopp Stiftung habe ein Projekt gefördert, in dem es um die Frage gegangen sei, wie man hochbetagte Menschen, also 85-, 90-, 95-Jährige und ganz junge Menschen 10-, 12-, 14- und 15-Jährige in der Schule systematisch in einen Austausch zusammenbringen könne, aber auch in musikalischen, künstlerischen, sportlichen Zirkeln. Der entscheidende Punkt sei dabei gewesen, eine Gelegenheit für das Zusammenkommen dieser Personengruppen zu schaffen. Dabei habe man bestimmte Orte und inhaltliche Kontexte ausgewählt. Das Projekt habe man u. a. mit Hilfe von

Tagebuchanalysen sehr anspruchsvoll ausgewertet und dabei festgestellt, dass die alten Menschen regelrecht aufgeblüht seien, wenn sie den Eindruck gehabt hätten, sie könnten nachfolgenden Generationen etwas mitgeben und die jungen Menschen hätten gesagt, sie hätten von den Älteren viel über das Leben erfahren, dass sie vorher so nicht gewusst hätten. Dies habe in einem ganz anderen thematischen Kontext Paul Celan in einem in seinem Nachlass gefundenen Vers aus dem Jahr 1970 sehr schön ausgedrückt, in dem es heiße:

„Ich lotse dich hinter die Welt,  
da bist du bei dir, unbeirrbar,  
heiter  
vermessen die Stare den Tod,  
das Schilf winkt dem Stein ab,  
du hast  
alles  
für heut Abend.“

Dies zeige, es gebe wunderbare empirische Grundlagen, solche Gelegenheitsstrukturen in der Schule und darüber hinaus zu schaffen und wenn man das tue, könnten alle Generationen sehr davon profitieren.

Die Abgeordnete Dr. Hein habe auch das Engagement im Bereich der Pflege angesprochen. Die bürgerschaftlich Engagierten sollten natürlich keine Pflegeleistung im klassischen Sinne erbringen, sondern es gehe darum, Menschen so etwas wie eine psychologische Zeit zu schenken, die mit Begegnungen, mit Gesprächen, mit Anwesenheit gefüllt sei. Dies seien Dinge, die zwar auch die Pflege für sich beanspruche und die Psychologie sei eine zentrale Komponente der Pflege, aber das könne man nicht alles Hauptamtlichen übertragen. Ein bürgerschaftlich Engagierter könne so eine Begleitung, so ein Gespräch, so einen Austausch leisten, der dem Gepflegten das Gefühl gebe, Teil der Gesellschaft zu sein und an dieser partizipieren zu können. Hierin liege aus Sicht der Kommission die große Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements und ausdrücklich nicht darin, Aufgaben zu übernehmen, die hauptamtlich Tätige ausführen müssten, um Kosten im Kontext der Pflege zu sparen.

Abg. **Ingrid Pahlmann** (CDU/CSU) bedankt sich



bei Herrn Professor Kruse für seinen sehr eindrucksvollen Vortrag. Er habe auf die Bedeutung hingewiesen, die die Sorge um und für andere sowie das Engagement für das Leben hätten. Gebe es eine Studie dazu, dass Engagement und Sorge lebensverlängernd wirkten? Im landwirtschaftlichen Betrieb heiße es etwa oft, die Leute würden dort langsamer alt als anderswo, weil sie immer irgendeine Aufgabe hätten. Herr Professor Kruse habe auch betont, dass noch mehr Ältere engagiert wären, wenn ihnen dafür mehr Raum gegeben würde. Hätten dies aus seiner Sicht inzwischen mehr Kommunen verstanden? Denn es gebe ja bereits Ansätze wie die Mehrgenerationenhäuser. In ihrer Kommune nutzten z. B. eine Kita und eine Kurzzeitpflege den Garten gemeinsam. Gebe es weitere solcher positiver Beispiele und Ideen, die Herr Professor Kruse nennen und die man weitertragen könne?

Abg. **Johannes Steiniger** (CDU/CSU) dankt Herrn Professor Kruse ebenfalls herzlich für seinen bemerkenswerten Beitrag. Er habe eine Nachfrage zu dem erwähnten Begriff der caring communities. Er bitte noch einmal um nähere Erläuterung, was damit genau gemeint sei. Er sei selbst Vorsitzender eines Palliativ- und Hospizvereins, der eine Palliativstation mittels ehrenamtlicher Hilfe unterstütze. Sei man damit auch schon eine caring community?

Herr Professor Kruse sei auch auf den Begriff der Gelegenheitsstrukturen eingegangen. Er habe selbst im Vorfeld seines Wahlkampfes eine Umfrage bei den CDU-Mitgliedern gemacht, die bekanntlich tendenziell eher älter seien, und sich Rückmeldungen und Hinweise für seinen Wahlkampf geben lassen, die er als sehr gewinnbringend empfunden habe. Es seien ganz pragmatische Vorschläge gekommen, etwa die Schriftart auf Flyern zu vergrößern und einige strategisch-taktische Hinweise, die er an dieser Stelle nicht verraten könne.

Die Kollegin Dr. Schlegel habe die wichtige Frage aufgeworfen, wie es in den Vereinen gelingen könne, ein gutes Miteinander zwischen jungen, mittelalten und älteren Mitgliedern hinzubekommen. Denn auf der einen Seite gebe es die

Sorge, wenn man einmal ein Amt übernommen habe, es nicht mehr los zu werden; auf der anderen Seite sei in der Tat die Frage, wie man den 70-, 75- oder 80-jährigen Vereinsvorsitzenden, der dieses Amt über viele Jahre ausgeübt habe, davon überzeugen könne, ins zweite Glied zurückzutreten, damit die 60-jährige „Nachwuchskraft“ den Posten übernehmen könne. In der Metropolregion Rhein-Neckar gebe es die von der Hopp Stiftung geförderte Initiative „Perspektive für die Zukunft. Sportverein 2020“. Sie beschäftige sich mit der Frage, wie Vereine langfristige Lösungsansätze für den Umgang mit dem demografischen Wandel entwickeln könnten. Ein Beispiel sei etwa, einen Ehrenrat einzurichten, den man bei bestimmten Entscheidungen, z. B. bezüglich der künftigen Struktur eines Vereins, einbinde und der eher repräsentative Aufgaben übernehme. Vielleicht habe Herr Professor Kruse hier noch weitere zielführende Vorschläge aus seiner Forschung. Herr Professor Kruse habe zudem viel über die Kommunen und auch über den Bereich der Pflege gesprochen. Ihn interessiere, welche Forderungen es hier an die Bundespolitik gebe.

Abg. **Bernhard Daldrup** (SPD) erklärt, ein ehemaliger SPD-Vorsitzender habe einmal den Satz gesagt: „Demokratie kennt keinen Schaukelstuhl“. Wenn dies zutreffend sei, interessiere ihn, wie es gelingen könne, mehr Menschen für gesellschaftliches Engagement zu gewinnen. Wenn man sich die Alterszusammensetzung vieler Stadträte anschau, könne man fast den Eindruck haben, dass die angesprochenen Seniorenbeiräte gar nicht notwendig seien. Sei es sinnvoll, für die Beteiligung älterer Menschen einen eigenen Raum zu schaffen oder sei eine inklusive Lösung, wofür er plädieren würde, nicht zielführender? Abschließend wolle er darauf hinweisen, dass die Sichtweise, dass alte Menschen immer nur altruistisch seien, zu vereinfachend sei. Mitunter sei nach seinem Eindruck sogar das Gegenteil der Fall.

Abg. **Kordula Schulz-Asche** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) führt aus, dass im Altenbericht auch das Thema „Freiwilligendienste“ angesprochen werde. Dort werde ja eine Öffnung und Flexibilisierung von Freiwilligendiensten und die Aufnahme der Erfahrungen des Freiwilligendienstes





aller Generationen in ein Bundesfreiwilligendienstgesetz für alle Generationen gefordert. Ihre Frage sei, wie Herr Professor Kruse die Bedeutung der Freiwilligendienste für Ältere generell einschätze und ob es aus seiner Sicht sinnvoll sei, dass solche Freiwilligendienste vor allem von zivilgesellschaftlichen Träger angeboten würden.

Abg. **Dr. Rosemarie Hein** (DIE LINKE.) erläutert, sie habe eine Nachfrage zu den Gelegenheitsstrukturen. Sie sehe neben der angesprochenen Frage, wie man den einen oder anderen Vereinsvorsitzenden dazu bewegen könne, seinen Vorstandsposten zugunsten von Jüngeren freizumachen, eine ganz andere Herausforderung. Diese habe mit der alternden Gesellschaft und der demografischen Entwicklung zu tun. Aus ihrer Sicht werde man in Zukunft darauf angewiesen sein, dass sich Menschen, die das 60. Lebensjahr überschritten hätten, noch viel stärker als heute auch politisch und gesellschaftlich engagierten. Denn man könne nicht einerseits das Renteneintrittsalter bis auf 67 Jahre hochsetzen und andererseits in Vereinen und Verbänden sagen, ab dem 60. Lebensjahr seid ihr hier nicht mehr erwünscht. Ihre Frage sei, ob Menschen, die das Rentenalter erreicht hätten, aber aktiv sein könnten und wollten, andere Rahmenbedingungen bräuchten, um diesen Wunsch zu realisieren.

Herr **Prof. Dr. Andreas Kruse** (Vorsitzender der Siebten Altenberichtscommission) betont mit Blick auf die Fragen des Abgeordneten Daldrup, dass man die vorhandenen Altersbilder thematisieren müsse. Es gebe durchaus auch alte Menschen, bei denen sich das altruistische Motiv im Laufe der Zeit etwas zurückbilde und einem stärker egozentrischen Motiv Platz mache. Er spreche, wenn es um den Aspekt der Sorge gehe, von einem Potenzial, von einer Entwicklungsmöglichkeit, die nicht bei jedem alten Menschen gleich stark ausgeprägt sei. Ob sich jemand im Alter von einem mitverantwortlichen Lebensstil leiten lasse oder primär seine eigene Person im Auge habe, habe viel mit biografischen Erlebnissen zu tun. Das mitverantwortliche Leben sei ein Lebensstil, der sich – beginnend mit dem Kindes- und Jugendalter – im Laufe der Biografie in einer bemerkenswerten Weise ausdifferenziere. Wenn jemand bereits früh einen solchen

Lebensstil erlerne, sei es wahrscheinlich, dass er ein hohes Maß an Offenheit und Mitverantwortung auch im Alter haben werde.

Was sich im Alter zum Teil ändern könne, sei, dass jemand z. B. mit schweren Schmerzzuständen zu tun habe, dass er die Erfahrung mache, beim Betreten eines Raumes und in der Bewegung im Raum viel unsicherer zu sein oder dass er für viele Handlungen mehr Zeit brauche. Dies könne zur Folge haben, dass eine Lebenseinstellung prägnanter werde, bei der man zunächst immer auf sich selbst schaue. Das habe erst einmal gar nichts mit Egozentrik zu tun, sondern diene der eigenen Stabilisation. Man mache sich wahrscheinlich keine rechte Vorstellung davon, was es bedeute, wenn jemand mit funktionellen Einbußen zu tun habe, die einem die Möglichkeit der Selbstständigkeit zumindest in Teilen nehme. Dies dürfe man nicht unterschätzen. In solchen Kontexten in der Lage zu sein, einerseits die Vulnerabilität des Alters zu begreifen und andererseits den Menschen eben nicht nur in seiner Verletzlichkeit zu sehen, sondern gleichzeitig auch der Frage nachzugehen, was dieser seelisch und geistig anzubieten habe und dies auch anzusprechen, sei die hohe Kunst des Umgangs mit dem Alter. Er habe gerade ein Buch mit dem Titel „Verletzlichkeit und Reife“ fertiggestellt, das in Kürze erscheinen werde. Ein zentraler Punkt darin sei, dass man die Verletzlichkeit des hohen Alters nicht unterschätzen dürfe, dass man aber auch die seelisch-geistigen Potenziale nicht vernachlässigen dürfe. Wenn man beides zusammenbringen wolle, sei es notwendig, dass Menschen in den skizzierten Sorgestrukturen lebten. Denn täten sie es nicht, werde es außerordentlich schwer, auf der einen Seite die Verletzlichkeit zu leben, aber auf der anderen Seite die eigenen seelisch-geistigen Potenziale einzubringen. Es reiche nicht aus, einfach nur zu sagen, man habe es mit rigiden oder mit altruistischen Personen zu tun, sondern man müsse die Rigidität und den Altruismus als einen Reflex auf aktuelle Lebensbedingungen und Lebensmöglichkeiten verstehen, aber auch als eine Kontinuität im Lebensstil.

Der Abgeordnete Daldrup habe auch das Müntefering-Zitat mit dem Schaukelstuhl-Motiv angesprochen. Er erlaube sich den Hinweis, dass



dieser Satz in einem langen Gespräch mit einer früheren Altenberichtscommission entstanden sei. Es sei kein schlechtes Bild, weil der Mensch darin ausdrücklich als homo politicus angesprochen werde, der für die Demokratie brenne. Das ende nicht irgendwann ab einem bestimmten Alter und dies dürfe man auch gar nicht zulassen. Der Mensch müsse immer wieder auch in seiner Mitverantwortungsperspektive angesprochen werden und daher sei er der Ansicht, dass man mit dem Altenbericht und mit dem Thema, über das er heute hier referiert habe, zutiefst auch eine Frage der Demokratie berühre. Wenn man Menschen signalisiere, dass man gar nicht mehr daran interessiert sei, dass sie Mitverantwortung im öffentlichen Raum übernähmen, müsse man sich nicht wundern, dass es bei diesen zu einer Entfremdung von der Demokratie komme. Er halte Hannah Arendts Aussage, dass es den privaten Raum, den Oikos, und den öffentlichen Raum, die Polis, gebe und dass sich erst im öffentlichen Raum Menschsein verwirkliche, für sehr bedeutsam. Denn sie zeige damit, dass das Handeln und der Austausch mit anderen in Wort und Tat die höchste Form der vita activa sei.

Die Abgeordnete Pahlmann habe gefragt, ob Engagement und Sorge für und um andere das Leben verlängern könnten. Es gebe sehr gute Untersuchungen zu der Frage, was mit Menschen passiere, die nicht in tragfähigen und emotional intimen Netzwerken lebten. Die Forschungsergebnisse seien hier eindeutig. Ein Kollege habe es einmal so ausgedrückt: „Wenn du nicht in tragfähigen sozialen Beziehungen lebst, wenn du einsam bist bzw. wenn du isoliert bist und die Einsamkeit auch verspürst, dann hat das eine lebensverkürzende Bedeutung, die gleich bedeutsam ist der lebensverkürzenden Bedeutung eines starken Nikotingebrauchs bzw. eines starken Alkoholgebrauchs.“ Es gebe Forscher in den USA und auch in Köln, die interessante Überlegungen psychologischer und physiologischer Art zu der Frage angestellt hätten, welche Mechanismen eigentlich durch Isolation ausgelöst würden. Ein zentraler Mechanismus, wenn man nicht in tragfähigen sozialen Beziehungen lebe, sei, dass man beispielsweise in Stresssituationen ungleich anfälliger für sehr heftige physiologische Reaktionen sei, die ihrerseits, wenn sie langfristig bestünden,

irgendwann auch organsystemserschädigend wirkten. Mit anderen Worten: In sozialen Beziehungen zu leben, also nicht einfach nur mit anderen zusammen zu sein, sondern dort wirklich auch etwas einbringen zu können, habe in der Tat eine bedeutsame Schutzfunktion für das Wohlbefinden und die Lebensqualität. Man könne sogar davon ausgehen, dass es hier auch Zusammenhänge mit der Lebenserwartung der betreffenden Menschen gebe.

Die Abgeordnete Pahlmann habe auch nach den notwendigen Gelegenheitsstrukturen für das Engagement älterer Menschen gefragt und habe dabei auf die Mehrgenerationenhäuser hingewiesen. Diese seien hochinteressant und liefen vielfach auch sehr gut. Das führe ihn auch noch einmal zu der Frage, ob man Seniorenbeiräte brauche. Die originäre Aufgabe für Kommunen bestehe aus seiner Sicht darin, dass die kommunalen Vertreter ein Gespür dafür entwickelten, wie man die Generationen zusammenbringen könne. Er wolle ein Beispiel nennen: Seine Frau habe die Idee gehabt, zu seinem 60. Geburtstag alle Freunde zu fragen, ob sie nicht Freude daran hätten, Spenden einzusammeln, um in Heidelberg einen Flüchtlingskongress durchzuführen. Auch aus verschiedensten anderen Fachrichtungen sei der Hinweis gekommen, dass man die Patenschaft für so einen Kongress übernehmen würde. Er habe daraufhin „Ja“ gesagt und habe sich auch darum bemüht, private Mittel für diese Veranstaltung zu bekommen, was auch gelungen sei. Der Rektor habe die neue Aula der Universität dafür zur Verfügung gestellt und darum gebeten, dass das Institut für Gerontologie die Veranstaltung auch inhaltlich fülle. Man habe daraufhin das Thema „Was können beispielsweise alte Menschen für junge Flüchtlinge tun?“ ausgewählt. Die Veranstaltung sei auf sehr große Resonanz gestoßen. Es hätten 600 Leute teilgenommen, nicht nur Flüchtlinge und Flüchtlingsverbände, sondern auch viele alte Menschen, die gesagt hätten, dass sie eine Patenschaft für junge Flüchtlinge übernehmen und diese begleiten wollten. Das sei also auch eine Form von Gelegenheitsstruktur gewesen, die auch das Politische im Menschen gefördert und geweckt habe. Die entscheidende Frage sei, ob es einer Kommune gelinge, Themen zu setzen, die die Generationen zusammenführten. Die Flüchtlingsthematik habe sich dafür als geeignet erwiesen. Er habe noch



lange nach der Veranstaltung Anrufe von 70-, 75-, 80-Jährigen erhalten, die gefragt hätten, ob das Institut Interesse daran habe, zu erfahren, in welcher Form sie ihre 12-, 14- oder 15-jährigen „Patenkinder“ unterstützten. Man habe diese Erfahrungen gesammelt und festgestellt, dass die Leute wirklich glücklich gewesen seien, weil sie den Eindruck gehabt hätte, um es in der Terminologie von Hannah Arendt auszudrücken, auch etwas politisches bewirkt zu haben.

Der Abgeordnete Steiniger habe das Thema „caring community“ angesprochen. Es gebe in der Tat eine sehr enge Verschränkung mit der Hospizarbeit. Die Hospizarbeit sei sicherlich für den Begriff der sorgenden Gemeinschaft konsequent gewesen. Wenn man sich die Geschichte der Hospizbewegung anschauere, stelle man fest, dass der caring community-Gedanke dort stark geworden sei. Die Begründerin der modernen Hospizbewegung, Cicely Saunders, habe betont, dass, wenn man sich mit einem Sterbenden auseinandersetze, dies nicht nur eine rein medizinisch-pflegerische Sache sein dürfe, sondern es müsse ein Bekenntnis von Kommunität sein, das besage, dass der Sterbende Teil der Menschheit sei und nicht schon Monate oder Wochen vor seinem Tod quasi aus der Menschheit „ausgliedert“ werde. Daher sei es bedeutsam, dass er Menschen um sich und die Möglichkeit habe, in der Auseinandersetzung mit diesen auch ein wirklich erfülltes Leben zu führen. Es zeichne sowohl die stationären als auch die ambulanten Hospize aus, dass sie das Soziale in die Versorgungsstruktur hineingebracht hätten. Versorgung habe etwas mit dem englischen Begriff „to care for“ – in der deutschen Übersetzung „ich Sorge für“, „ich betreue, ich begleite einen Menschen“ – zu tun. Das heiße auch, der caring- bzw. der Sorge-Begriff sei ein zutiefst sozialer, der in die Versorgungsstrukturen Eingang finden müsse. Das hätten die Hospize in großartiger Weise vorgemacht. Sie hätten hier auch weiterhin eine bedeutsame Lotsenfunktion, da der Mensch die Auseinandersetzung mit dem eigenen Tod, mit dem eigenen Sterben noch eher leiste als die Auseinandersetzung mit Pflegebedürftigkeit oder Demenz. Eine caring community für einen Sterbenden zu konstituieren, sei etwas anderes als eine caring community für einen Demenzkranken. Er weise in Gesprächen mit Hospizvertretern auch darauf hin, dass sich ihr hospizlicher Auftrag und

Charakter nicht nur auf Fragen des Sterbens konzentrieren sollte, sondern dass die Perspektive etwas erweitert werden sollte. Denn in einigen Hospizen seien auch chronisch Kranke untergebracht. Das heiße, man brauche auch eine hospizliche Arbeit für Menschen mit schweren chronisch-konsumtiven Erkrankungen oder mit Pflegebedürftigkeit oder Demenz. Caring community bedeute, dass in den medizinisch-pflegerischen Bereich der Sorgeaspekt, der ein zutiefst sozialer sei, hinzukomme. In dieser Weise sei der „care“-Begriff noch einmal substantiell erweitert worden.

Die Abgeordnete Dr. Hein habe hervorgehoben, dass man die 60-, 65-, 70-Jährigen auch für das politische und gesellschaftliche Engagement benötige. Er würde es begrüßen, wenn es in den Parlamenten und Kommunalvertretungen, aber auch in den verschiedenen Bereichen der Zivilgesellschaft eine gute intergenerationelle Mischung gäbe. Dazu müssten jedoch Parteien, aber auch Institutionen und Verbände usw. anders über das Alter sprechen und alte Menschen in einer ganz anderen Art und Weise ansprechen. Die Abgeordnete Dr. Hein habe darauf hingewiesen, dass die 60-, 65-, 70-Jährigen heute zumeist fit seien. Bei den 70-Jährigen wäre er da schon etwas vorsichtiger. Bedeutsam sei für ihn jedoch vor allem, dass das Altern ein Prozess der Biomorphose, also eine kontinuierliche Veränderung über den gesamten Lebensverlauf, sei. Das heiße, es gebe Menschen, die mit 60, 65 oder 70 Jahren möglicherweise noch hohe Kompetenzen in bestimmten Bereichen hätten und andere, bei denen dies weniger der Fall sei. Das habe auch damit zu tun, über welche Ressourcen sie im Lebensverlauf verfügt hätten. Solche Kontinuitäten stark zu machen und Menschen weniger alterssegregiert anzusprechen, sondern an ihren Lebensleistungen und an ihrem vorhandenen Expertenwissen anzuknüpfen, auf das man weder verzichten könne noch wolle, halte er für sinnvoll und für hochgradig politisch. Er fände es wichtig, das Politische viel stärker in die unterschiedlichsten Felder hineinzubringen. Wenn er einen Vortrag bei einem Hospizverband halte, werde er immer auch politisch. Denn wenn man eine Gesellschaft wolle, die sich um Menschen kümmere, die in besonderer Weise verletzlich seien, habe dies auch eine politische Dimension und dann sei es zunächst einmal zweitrangig,



ob jemand 50, 55, 60 oder 65 Jahre alt sei. Es komme für ihn also nicht auf alterssegregierte Lösungen an, sondern viel stärker auf die Lebensleistung des Einzelnen, sein Wissen, seine Erfahrung, seine Expertise, die gebraucht würden.

Am Institut für Gerontologie sei eine ärztliche Mitarbeiterin beschäftigt, die gerade ihren 70. Geburtstag gefeiert habe und die in hohem Maße mitverantwortlich eine auch für den Familienausschuss von Interesse gewesene Studie zum Vierten Gesetz zur Änderung des Conterganstiftungsgesetzes durchgeführt habe. Diese Mitarbeiterin wisse über Conterganschäden, Schmerzzustände und Rehabilitation unglaublich viel. Der Verwaltung sei ihre Mitarbeit mit Verweis auf die bestehenden gesetzlichen Altersgrenzen weniger recht gewesen. Er habe der Verwaltung gegenüber jedoch deutlich gemacht, dass er auf das Wissen der Mitarbeiterin nicht verzichten könne. Und diese wiederum habe ihm gegenüber erklärt, als 63-Jährige die Möglichkeit gehabt zu haben, sich in dieses Gebiet einzuarbeiten und für dieses Gebiet „zu brennen“, habe für sie unglaublich viel mit Lebensqualität zu tun. Insofern müsse man das Lebensalter in seiner Differenziertheit betrachten.

Was die Freiwilligendienste angehe, sei er besonders von den vom Wohlfahrtswerk für Baden-Württemberg geförderten Freiwilligendiensten beeindruckt, die ein wunderbares und hervorragend organisiertes Bildungsangebot für ihre Freiwilligen vorhielten. Dass mit der Wehrpflicht zugleich auch der Zivildienst abgeschafft worden sei, sei keine unbedeutende Sache. Dies gelte zum einen für die Gesellschaft insgesamt, der die Zivildienstleistenden fehlten, worauf Pflege- und Sozialinstitutionen in Gesprächen hinwiesen, aber durchaus auch für die jungen Menschen selbst.

Nach seiner Auffassung brauche es viele gesellschaftliche Akteure, die solche Freiwilligendienste mit einem sehr umfangreichen Bildungsprogramm anböten, damit aus einem solchen Freiwilligendienst für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine sehr gute Unternehmung werde. Denn Freiwilligendienste seien für die Identitätsbildung junger Menschen außerordentlich bedeutsam, wobei man aus seiner Sicht die Qualifizierung von Menschen für ein bestimmtes soziales Engagement gar nicht an das Lebensalter binden sollte. Er habe mit Alexander Künzel, Vorstandsvorsitzender der Bremer Heimstiftung, die im Bereich der Entwicklung neuer Wohnformen und neuer Sozialraummodelle für alte Menschen sehr aktiv sei, darüber gesprochen, ob man Freiwilligendienste nicht beispielsweise mehrgenerationenperspektivisch auch für 60-, 65-, 70-Jährige mit einem spezifischen Bildungsprogramm anbieten könne. Er würde es jedenfalls sehr begrüßen, wenn Freiwilligendienste von vielen gesellschaftlichen Akteuren und dies vor allem mit einer entsprechenden Bildungskonzeption angeboten würden.

Der **Vorsitzende** dankt Herrn Professor Kruse herzlich für seinen sehr informativen Beitrag sowie dafür, dass er den Mitgliedern in der Diskussionsrunde so ausführlich Rede und Antwort gestanden habe. Er wünsche Herrn Professor Kruse und allen Anwesenden einen guten Heimweg und einen schönen Abend.

## Tagesordnungspunkt 2

### Verschiedenes

Zum Punkt „Verschiedenes“ gibt es keine Wortmeldungen.

Schluss der Sitzung: 18:30 Uhr

Willi Brase, MdB  
**Vorsitzender**